

(A) **Präsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Bleyer.

**Abgeordneter Bleyer:** Meine Herren! Vor mir liegt ein kleiner Bericht vom Finanzausschusse des preussischen Abgeordnetenhauses. Ich darf wohl einige Stellen daraus, die sich auf den Bergetat beziehen, vorlesen.

(Präsident: Wird gestattet.)

Bei dieser Gelegenheit hat ein Regierungsvertreter ausgeführt:

„Durch eine Verbesserung in der Vergasung der Kohle wird die Menge der Nebenprodukte wesentlich erhöht. Die Vergasung hat aber auch bedeutende Nachteile, namentlich bei Betriebsstörungen. Daneben sind die Anlagen sehr teuer, und die Bedienung ist kostspieliger. Eine ganze Reihe von Anlagen, um Nebenprodukte zu gewinnen, ist in der Kriegszeit entstanden. Sie sind Noterschöpfungen; ohne Erlaß der Kohlensteuer von 4 M. pro Tonne könnten diese Werke nicht bestehen. So wünschenswert es ist, möglichst viel Nebenprodukte zu gewinnen, so darf man doch die Hoffnung nicht überspannen.“

(Abgeordneter Nitzsche [Leusch]: Hört, hört!)

(B) Ich darf wohl darauf aufmerksam machen, daß in dieser Beziehung bei der Beratung über den Ankauf des Herkuleswerkes von der Regierung doch recht umfangreiche Hoffnungen ins Feld geführt worden sind für den Ankauf dieser Grube. Wenn auch noch keine bestimmten Erfolge vorlägen, so glaubte der Herr Finanzminister damals doch, gestützt auf das Gutachten einiger Sachverständiger, uns eine Rentabilität in Aussicht stellen zu können, über die man sich doch nur hätte freuen können; und nun kommt hier eine Abschwächung dieser Hoffnungen, wie ich sie kaum für möglich gehalten hätte. Ich hatte angenommen, daß die Sachverständigen, die uns damals den Nutzen der Vergasung in so lebhaften Farben geschildert und ihre Vorteile hervorgehoben haben, doch vollständig im Bilde gewesen wären. Diese Abschwächung wird natürlich auch auf die Erfolge, die uns in Aussicht gestellt worden sind, wie man sie in Preußen gemacht hat, auch in Sachsen zutreffen.

Bei der Beratung des preussischen Bergetats hat dann der Handelsminister Dr. Sydow den wenig günstigen Stand des Berghaushaltes betont: Das sei auf den Steinkohlenbergbau zurückzuführen. Die Bilanz sei kaufmännisch richtig. Der Wert der Bergwerke lasse sich sehr schwer schätzen. Zweifellos sei es richtig, daß dem Staate infolge des Fehlens der Beweglichkeit keine so hohe Rentabilität erwachse wie bei den Privatbetrieben.

(Abgeordneter Bär: Sehr richtig!)

(C) Wenn der Bergbau rein staatlich betrieben wäre, so würden die Leistungen des Bergbaues während des Krieges nicht erreicht worden sein. Deshalb sei er nach wie vor gegen eine völlige Verstaatlichung des Bergbaues.

Bei derselben Gelegenheit hat dann noch ein anderes Mitglied ausgeführt:

Die Steigerung des Reingewinns der Privatzechen stehe der Unrentabilität der Staatsgruben in Westfalen gegenüber.

Meine Herren! Mir ist mein Standpunkt gegen den Staatsbetrieb in der Elektrizität sowohl wie im Kohlenbergbau damals verübelt worden; ich habe damals ausdrücklich erklärt, daß ich zwar ein Freund der Verstaatlichung der Elektrizität sei, daß ich aber den Staat nicht als Fabrikanten haben wolle. Warum? — Weil der Staat teurerer fabriziert.

(Abgeordneter Bär: Sehr richtig!)

(D) Mit dieser Anschauung befand ich mich auch in sehr guter Gesellschaft, nämlich in der des verstorbenen Finanzministers Dr. v. Rüger. Aber alle diese Warnungen haben vollständig versagt; der staatliche Kohlenbergbau besteht nicht allein fort, sondern er wird noch erweitert. Solange ich im Landtage bin, haben wir in jeder Statperiode die heutigen Klagen über den staatlichen Kohlenbergbau anhören müssen. Wenn ich Finanzminister wäre, so würde ich mir solche Klagen, die regelmäßig wiederkehren, für die Zukunft ersparen. Wozu führen wir denn eigentlich diesen staatlichen Kohlenbergbau, wo wir gar keiner Ziffern bedürfen, um zu wissen, daß der staatliche Bergbau eben teurer arbeitet, als der private Bergbau.

(Sehr richtig! bei der Fortschrittlichen Volkspartei.)

Und nun soll dieser staatliche Bergbau noch mehr erweitert werden! Es wird einstmals der Augenblick kommen, meine Herren, wo man von solchen Staatsbetrieben wahrscheinlich wieder zurückkommen wird.

Wie sieht es in der Industrie aus? Welch schwierigen Verhältnisse, auch Arbeiterverhältnisse bestehen dort! Wenn der Herr Abgeordnete Krause dem Herrn Finanzminister vorwirft, daß die Regierung in vielen Fällen unmoralisch handle, so bringt mich dieser Vorwurf der Regierung gegenüber fast in die Lage, zu sagen: